

Begründung:

Hinweis: Die Bezifferung (Zeile ...) bezieht sich auf die Ziffern in den Budgetblättern (z. B. Zeile 1 = Steuern und ähnliche Abgaben)

A Verfahren

Nach den Haushalten 2010 bis 2013 ist für den Kernhaushalt der Stadt Emden zum fünften Mal ein Haushalt nach den Regeln des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) aufzustellen. Der Haushalt des optimierten Regiebetriebes Kulturbüro wurde bereits auf das NKR umgestellt. Für die Haushalte der Betriebe 806 Gebäudemanagement sowie 836 Rettungsdienst wurde die Umstellung zum 01.01.2012 umgesetzt. Der Betrieb 806 Gebäudemanagement wurde gemäß Ratsbeschluss vom 23.06.2011 von einem optimierten Regiebetrieb in einen Eigenbetrieb umgewandelt. Für den Eigenbetrieb 870 Bau- und Entsorgungsbetrieb ist noch zu entscheiden, ob und wann eine Umstellung des Rechnungssystems vorgenommen werden soll.

Das Neue Steuerungsmodell sieht eine zielorientierte Führung mit einer frühzeitigen Beteiligung des Rates vor. Daher erfolgt die Vorlage des Eckwertebeschlusses grundsätzlich vor der Sommerpause.

B Ziele

Der Rat der Stadt Emden hat mit dem Budgetbuch 2009 folgende TOP-Ziele beschlossen und seitdem unverändert fortgeschrieben:

I Verbesserung der Rahmenbedingungen für Arbeit

- Reduzierung der Arbeitslosigkeit
- Befähigung für den Arbeitsmarkt
- Stärkung mittelständischer Betriebe
- Ansiedlung und Erhalt von Unternehmen
- Erhalt der Ökologie

II Aufwertung der Innenstadt als ...

- Einkaufsstadt
- Wohnstadt
- Freizeitstadt
- Kulturstadt

III Förderung der Lebensqualität, insbesondere für Familien

- Wohnen und Wohnumfeld
- Bildung und Erziehung
- Sicherheitsgefühl

Die Top- Ziele sollten grundsätzlich für die Dauer einer Wahlperiode zwischen Rat und Verwaltung vereinbart werden.

Die Verwaltung hat sich bei der Erstellung der beigefügten Eckwerte daran orientiert. In den sich anschließenden Ausschussberatungen ist auch über die Fachbereichs- und Fachdienstziele zu beraten.

Durch den Aufbau einer Zielkaskade, d. h. die Fachbereichs, Fachdienst- und Produktziele werden am Ende die vorgegebenen Ziele auf allen Ebenen unterstützt.

C Ergebnishaushalt

Nach § 110 Abs. 4 des Nds. Kommunalverfassungsgesetz soll der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Dieses bezieht sich insbesondere auf den Ergebnishaushalt. Die beigefügten Unterlagen zeigen folgende Werte:

	vorl. Ergebnis 2012/€	Ansatz 2013/€	Ansatz 2014/€	Planung 2015/€	Planung 2016/€	Planung 2017/€
Ordentliche Erträge (Zeile 12)	171.544.890	141.366.900	142.043.300	142.754.300	143.500.400	144.282.400
Ordentlicher Aufwand (Zeile 20)	150.229.540	146.281.900	148.608.500	150.180.700	151.908.400	153.408.200
Ordentliches Ergebnis (Zeile 21)	21.315.349	- 4.915.000	- 6.574.200	- 7.426.400	- 8.408.000	- 9.125.800
Außerordentliche Erträge (Zeile 22)	1.756.758	450.000	350.000	350.000	350.000	350.000
Außerordentliche Aufwand (Zeile 23)	652.153	0	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis (Zeile 24)	1.104.605	450.000	350.000	350.000	350.000	350.000
Jahresergebnis (Zeile 25)	22.419.955	- 4.465.000	- 6.224.200	- 7.076.400	- 8.058.000	- 8.775.800

C.1 Ordentliche Erträge

Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben (Zeile 1)

vorl. Ergebnis 2012	105.364.356 €
Ansatz 2013	78.560.000 €
Ansatz 2014	80.270.000 €

Wesentliche Beträge sind hier:

	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Grundsteuer	9.453.205 €	9.370.000 €	9.630.000 €	9.630.000 €	9.630.000 €	9.630.000 €
Gewerbsteuer	76.514.240 €	50.500.000 €	50.500.000 €	50.500.000 €	50.500.000 €	50.500.000 €
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	13.031.342 €	13.000.000 €	13.700.000 €	13.700.000 €	13.700.000 €	13.700.000 €
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	3.979.568 €	3.900.000 €	4.100.000 €	4.100.000 €	4.100.000 €	4.100.000 €

Das Budgetbuch 2012 sah für den Ergebnis-Haushalt 2012 in der Planung einen Überschuss in Höhe von 2.162.500 € vor. Im Laufe des Jahres 2012 wurde bekannt, dass der Stadt Emden durch eine Steuerabrechnung aus Vorjahren einmalig ein erheblicher Gewerbesteuerertrag zufließt, so dass der Ergebnis-Haushalt 2012 voraussichtlich mit einem Überschuss von ca. 22 Mio. € abschließen wird.

Dieser Überschuss soll nach dem politischen Willen der Überschussrücklage zugeführt werden. Aus dieser Rücklage sollen die in den Folgejahren gemäß Finanzplanung anfallenden Defizite ausgeglichen werden. Dieser Weg ist im Rahmen der Haushaltsgenehmigung von der Kommunalaufsicht bestätigt worden.

Für die HH-Jahre 2013 ff. ist allerdings zu erkennen, dass trotz geplanter hoher Gewerbesteuererträge von 50 Mio. € und mehr kein Haushaltsausgleich sichergestellt werden kann. Trotz dieser außerordentlich guten Jahre ist die Bildung von weiteren Rücklagen nicht möglich. Bei Rückfall auf das langjährige Mittel (10 Jahre) im Gewerbesteuerertrag in Höhe von ca. 35 Mio. € ist mit einem jährlichen zweistelligen Millionendefizit zu rechnen.

Für die Jahre 2014 ff. ist aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2013 in Anlehnung an die Orientierungsdaten ein moderater Anstieg in den Bereichen Grundsteuer, Gemeindeanteil Einkommenssteuer und Gemeindeanteil Umsatzsteuer geplant.

Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (Zeile 2)

vorl. Ergebnis 2012	19.238.901 €
Ansatz 2013	17.127.700 €
Ansatz 2014	16.222.300 €

Wesentliche Beträge sind hier:

	vorl. Ergebnis 2012	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Planung 2015	Planung 2016	Planung 2017
Schlüsselzuweisungen / sonstige allg. Zuweisungen	13.149.816 €	10.500.000 €	10.300.000 €	10.300.000 €	10.300.000 €	10.300.000 €
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	3.879.124 €	3.800.000 €	3.350.000 €	3.450.000 €	3.550.000 €	3.650.000 €

Die Schlüsselzuweisungen vom Land werden bestimmt sowohl von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als auch von Entscheidungen des Landes bezüglich der grundsätzlichen Ausstattung des Fördertopfes als auch der Verteilungsmodalitäten. Trotz eines außerordentlich guten Ergebnisses in 2012 sind die Planansätze für 2013 ff. mit Risiken behaftet, da sich die gute Ertragslage im Steuerbereich negativ auf die Höhe der Zuweisungen vom Land auswirkt.

Die Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung weist den Bundesanteil in den Bereichen „Kosten der Unterkunft“ und „Bildungs- und Teilhabepaket“ aus. Der Ansatz müsste im Vergleich von 2013 nach 2014 durch die auslaufende Finanzierung der Schulsozialarbeit um ca. 300.000 € sinken. Es gibt auf politischer Ebene jedoch Bestrebungen, diese Finanzierung – zumindest teilweise – auch über 2013 hinaus zu sichern. Unter Zugrundelegung dieser Erwartung wird der Ansatz nur um 50.000 € gesenkt. Eine weitere Senkung der Einnahmeerwartung ergibt sich aus der Spitzabrechnung des Bildungs- und Teilhabepaketes.

Auflösungserträge aus Sonderposten (Zeile 3)

vorl. Ergebnis 2012	3.496.530 €
Ansatz 2013	3.762.200 €
Ansatz 2014	4.175.200 €

Bei Investitionen, die durch Drittmittel (Zuschüsse bzw. Beiträge) gefördert wurden, sind diese Förderbeiträge als Sonderposten darzustellen, zeitgleich mit den Investitionen abzuschreiben und als Ertrag zu veranschlagen.

Durch die Planung für das mittlerweile fünfte Jahr nach den Regeln des NKR sind die Ansätze immer detaillierter zu berechnen und bilden zwischenzeitlich eine planerisch sichere Größe.

Die deutliche Steigerung dieser Ertragsposition ist der Fertigstellung der geförderten Baumaßnahmen „Rotes Siegel“ zuzurechnen. Durch die Aktivierung der Vermögenswerte steigt jedoch der Aufwand für Abschreibungen in gleichem Maße.

Sonstige Transfererträge (Zeile 4)

vorl. Ergebnis 2012	1.365.490 €
Ansatz 2013	1.300.000 €
Ansatz 2014	1.340.000 €

Sonstige Transfererträge werden ausschließlich in den Fachbereichen 500 und 600 erwirtschaftet. Es handelt sich um Kostenbeiträge und Kostenerstattungen Dritter, z. B. vom Rententräger oder von unterhaltspflichtigen Personen. Die Einnahmeerwartung ergibt sich aus der Orientierung an den Rechnungsergebnis-

sen der Vorjahre.

Erträge aus öffentlich-rechtlichen Entgelten (Zeile 5)

vorl. Ergebnis 2012	3.174.890 €
Ansatz 2013	3.282.800 €
Ansatz 2014	3.270.200 €

Vereinnahmt werden hier neben den Verwaltungsgebühren auch die Parkgebühren und die weiteren Benutzungsgebühren, z. B. aus dem Bereich der Kindertagesstätten. Die Ertragserwartung ergibt sich durch die Orientierung an den Vorjahresergebnissen.

Erträge aus privatrechtlichen Entgelten (Zeile 6)

vorl. Ergebnis 2012	2.208.451 €
Ansatz 2013	2.420.900 €
Ansatz 2014	2.411.000 €

Vereinnahmt werden hier Mieten, Pachten und Erbbauzinsen sowie weitere privatrechtliche Entgelte, wie z. B. im Baubetrieb, im Landesmuseum und der Nordseehalle / Neues Theater. Die fortgeschriebene hohe Ertragserwartung ergibt sich insbesondere aus den Investitionen in die Nordseehalle (u. a. mobile Tribüne).

Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Zeile 7)

vorl. Ergebnis 2012	23.732.802 €
Ansatz 2013	24.404.900 €
Ansatz 2014	25.301.500 €

Für diese Ertragsposition werden Mehrerträge in Höhe von ca. 900.000 € erwartet. Die Mehrerträge werden im Wesentlichen (ca. 1,2 Mio. €) im Fachbereich 500 Gesundheit und Soziales erwirtschaftet. Aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen erfolgt eine schrittweise Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung nach dem SGB XII. Die Einnahmeerwartung im FB 600 Jugend, Schule und Sport hat sich für die Jahre 2013 ff. als zu positiv erwiesen und ist um ca. 170.000 € auf 1.430.000 € nach unten zu korrigieren. Nach unten zu korrigieren war auch die Einnahmeerwartung im Baubetrieb (Erbringung von Leistungen für den Eigenbetrieb). Im Fachbereich 400 Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice werden unter dieser Ertragsposition hauptsächlich Kostenerstattungen für den Brandschutz vereinnahmt. Mehrerträge ergeben sich hier in Höhe von ca. 70.000 €. Mit nahezu 19 Mio. wird im Fachbereich 500 der größte Einnahmeposten (überwiegend Quotales System) erwirtschaftet.

Zinsen und ähnliche Finanzerträge (Zeile 8)

vorl. Ergebnis 2012	8.933.765 €
Ansatz 2013	4.789.800 €
Ansatz 2014	4.768.600 €

Das vorläufige Rechnungsergebnis 2012 liegt bei ca. 8,9 Mio. € und ist einem Einmaleffekt (Steuernachforderung aus Vorjahren mit entsprechender Verzinsung) geschuldet. Insbesondere im Bereich der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen ist eine Prognose mit hohen Risiken verbunden.

Sonstige ordentliche Erträge (Zeile 11)

vorl. Ergebnis 2012	3.991.417 €
Ansatz 2013	5.668.600 €
Ansatz 2014	4.235.500 €

Im Wesentlichen werden in dieser Rubrik die Erträge aus der Auflösung der Pensions- und Beihilferückstellungen abgebildet. In den Vorjahren ist hier in der Planung auch der Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen aus der Altersteilzeit (ATZ) geplant worden. Diese werden jedoch in der Haushaltsausführung aufwandsmindernd gebucht und verringern somit den Personalaufwand. Die Höhe dieser Beträge liegt bei ca. 1 Mio. €.

Die Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeitregelungen können in der Vorausschau nur aufgrund der bisherigen Werte geplant werden. Durch Veränderungsmitteilungen der Niedersächsischen Versorgungskasse können sich Abweichungen ergeben. Nach den derzeit bekannten Parametern steht einer Zuführung in die Rückstellungen für Pensionen (=Aufwand) in Höhe von ca. 1.650.000 € eine Auflösung (=Ertrag) in Höhe von ca. 700.000 € entgegen. Die Nettozuführung liegt somit bei ca. 950.000 €.

Daneben wurden aufgrund der Veräußerung des Chemischen Untersuchungsamtes Erstattungen von Personalkosten in Höhe von 45.000 € und Erstattungen von der Agentur für Arbeit in Höhe von 250.000 € im Zusammenhang mit der ATZ-Regelung veranschlagt. Weitere Einnahmeposten sind die im Fachbereich 400 vereinnahmten Bußgelder sowie die von der Stadtwerke Emden GmbH zu leistenden Konzessionsabgabe.

C. 1 – Zusammenfassung Ordentliche Erträge (Zeile 12)

Die Summe der ordentlichen und außerordentlichen Erträge verändert sich im Vergleich zu 2013 nur unwesentlich. Die hohen Erträge sind im Wesentlichen auf die weiterhin sehr hohen Ansätze bei der Gewerbesteuer und den übrigen Finanzerträgen zurückzuführen.

C.2 Ordentliche Aufwendungen

Aufwendungen für aktives Personal (Zeile 13) und Aufwendungen für Versorgung (Zeile 14)

	Aktives Personal	Versorgung	Gesamt
vorl. Ergebnis 2012	37.255.990 €	276.814 €	37.532.804 €
Ansatz 2013	40.776.400 €	210.000 €	40.986.400 €
Ansatz 2014	40.928.600 €	200.000 €	41.128.600 €

Die Zeilen 13 und 14 der beigefügten Budgetblätter sind zusammengefasst darzustellen, da eine Vergleichbarkeit des Personalaufwandes sonst nicht möglich ist. Aufgrund der statistischen Vorgaben sind ab dem Jahr 2012 die Aufwendungen für Versorgung für aktive Beamte (Pensionsrückstellungen) nicht mehr in der Zeile 14 – „Versorgung“, sondern in der Zeile 13 – „aktives Personal“ zu planen und zu buchen. Insofern sind die Zeilen nur zusammengefasst darstellbar. Bei den weiteren Erläuterungen wird von der Gesamtsumme ausgegangen. Die Personalausgaben sind personengenau mittels einer Hochrechnung ermittelt worden und

berücksichtigen die erkennbaren Auswirkungen der aktuellen Tarifabschlüsse.

Bei der Entwicklung der Personalkosten ist zu beachten, dass durch die zusätzlichen Stellen sowie die Tarifsteigerung der Personalaufwand ca. 1 Mio. € höher ausgewiesen werden müsste. Wie bereits oben erläutert, wird die Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit aufwandsmindernd gebucht und verringert somit den Personalaufwand. Dies beeinflusste auch bereits das Ergebnis 2012, war in der Planung für 2013 aber noch nicht berücksichtigt. Liquide sind die Mittel für die Auszahlung der Bezüge jedoch bereitzustellen.

Die Personalausstattung (Budgetstellen) stellt sich wie folgt dar:

<u>Bereich</u>	<u>Budgetstellen</u> <u>2013</u>	<u>Budgetstellen</u> <u>2014</u>	<u>Erläuterung</u>
Stabsstellen	29,58	29,68	
FB Interne Dienste	76,96	77,86	Wegfall Stundenreduzierungen
FB Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung	42,65	44,24	+ 0,77 AK Projekt Nachhaltige Mobilität + 1,0 AK befristeter Mehrbedarf FD Bauaufsicht Stundenreduzierungen
FB Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice	106,22	106,05	
FB Gesundheit und Soziales	89,00	90,54	+ 1 AK Fallzahlenbedingt FD 550.4 + 1 AK FD 553 Übernahme Mitarbeiter CUA -1 AK Jobcenter Wegfall Stundenreduzierungen
FB Jugend, Schule u. Sport	156,39	162,60	+ 0,5 AK Projekt Rahmenplan Integration Mehrstunden bei Schulsekretärinnen wg. Ganztagschulen + 1 AK Umsetzung Schulstrukturreform + 2 AK Spielplatzkontrolle + 1 AK KiTa Schwabenstr. +0,64 AK Sprachförderung KiTa Schwabenstr. + 0,5 Inklusionshelferin GS Wolthusen +1,15 AK Küchenhilfen KiTas Reduzierung Anerkennungspraktikanten (- 2 AK)
Sonstige Betriebe	85,99	85,02	Schrittweise Rückführung Personalstärke OLM auf Niveau Empfehlung Gutachten

Baubetrieb	76,32	78,32	+ 2 AK Wartung Straßenbeleuchtung
Finanzbudget	5,64	2	Verbleibendes Personal CUA aufgrund des Verkaufs des CUA GmbH
Gesamt:	668,75	676,31	
Steigerung des Personals um:		7,56	AK

Die Steigerung der Personalausstattung liegt – wie in den Vorjahren auch - im Wesentlichen im Fachbereich Jugend, Schule und Sport. Neben der Anpassung von Stundenkontingenten bei Schulsekretärinnen im Zuge des Ausbaus der Ganztagschulen wirken sich hier insbesondere die zusätzlichen Anforderungen im Fachdienst Kinder und Familien aus.

Im Fachbereich 300 – Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung – wurde eine geförderte Projektstelle Nachhaltige Mobilität geschaffen. Im Zuge der Übernahme der im Zusammenhang mit der Straßenbeleuchtung zu erledigenden Aufgaben wurden im Baubetrieb zwei zusätzliche Stellen geschaffen.

Die Personalstärke im Landesmuseum soll schrittweise auf das Niveau der Empfehlungen aus dem Gutachten zur Ausrichtung des Museums (mittlere Entwicklungsvariante) angepasst werden.

Durch die Personalbedarfsuntersuchungen der letzten Jahre in den Fachbereichen 300 – Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung, 500 – Gesundheit und Soziales, der Nordseehalle und dem Fachdienst Informations- und Kommunikationstechnik sowie dem Fachbereich 600 – Jugend, Schule und Sport wird die Personalausstattung regelmäßig überprüft.

Derzeit werden die Fachdienste Finanzen und Abgaben, Stadtkasse sowie der Fachdienst Veterinärwesen, Verbraucherschutz und Gewerberecht einer entsprechenden Untersuchung unterzogen.

Eine nachhaltige Senkung des Personalaufwandes setzt flächendeckende Aufgabenkritik voraus.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 15)

vorl. Ergebnis 2012	19.718.922 €
Ansatz 2013	19.763.400 €
Ansatz 2014	20.691.900 €

Die größte Position sind die an das Gebäudemanagement zu zahlenden Mieten und Betriebskosten. Für 2014 werden hier Beträge in Höhe von rund 11,6 Mio. € veranschlagt. Die höchsten Mietzahlungen verursacht der Fachdienst Schule und Sport für die Schulgebäude mit einer Summe von ca. 8 Mio. €. Kostensteigernd wirken sich hier die baulichen Maßnahmen (z. B. Cirksenaschule, Mensa GaT) aus. Die noch vorzunehmenden Investitionen im Rahmen der Schulstrukturreform führen im Finanzplanungszeitraum zu weiteren Kostensteigerungen.

Hohe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden auch im Baubetrieb ausgewiesen. Trotz einer Kürzung um 200.000 € sind 820.000 € für Straßenunterhaltung, 680.000 € für Oberflächenentwässerung, 846.000 € für Straßenreinigung und 817.000 € für Energie- und Treibstoffe eingeplant. Insgesamt werden im Baubetrieb ca. 4,3 Mio. € für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Ausgewiesen werden darüber hinaus die sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (verschiedenste Posten, z. B. Aufwendungen für Veranstaltungen, besondere Aufwendungen für den Schulbereich, usw.).

Abschreibungen (Zeile 16)

vorl. Ergebnis 2012	8.729.334 €
Ansatz 2013	8.828.400 €
Ansatz 2014	9.998.300 €

Der Ansatz 2014 berücksichtigt die aktuellen Erkenntnisse bei der Vermögenserfassung und Bewertung. Die Ermittlung der Abschreibungen (Werte und Nutzungsdauer) erfolgt anhand der gesetzlichen Vorgaben.

Die größte Position liegt hier im Baubetrieb. Der Ansatz 2014 beträgt hier 4.312.800 €.

Die vom Rat der Stadt Emden beschlossenen Investitionen werden die Aufwendungen für Abschreibungen zukünftig **merkbar** erhöhen. Zu beachten ist dabei auch, dass Investitionskostenzuschüsse an Dritte ebenso abzuschreiben sind und diesen Bereich zukünftig ebenso stärker belasten werden.

Im Ansatz 2014 enthalten sind ca. 1,5 Mio. € an Abschreibungen auf Forderungen / Einzelwertberichtigungen hauptsächlich im Bereich der Gewerbesteuer, teilweise aber auch in den Fachbereichen 200, 400, 500 und 600. Der Ansatz der Gewerbesteuer ist aus diesem Grunde im Ergebnishaushalt um ca. 1,3 Mio. € höher als in der Finanzrechnung.

Die deutliche Steigerung dieser Aufwandsposition (ca. 1,2 Mio. €) ist z. T. (ca. 400.000 €) der Fertigstellung der geförderten Baumaßnahmen „Rotes Siegel“ zuzurechnen. Durch die Aktivierung der Vermögenswerte steigt der Aufwand für Abschreibungen für diese Maßnahme in gleichem Maße wie die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

Die weiteren Steigerungen sind jedoch der weiterhin hohen Investitionstätigkeit zuzuschreiben.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen (Zeile 17)

vorl. Ergebnis 2012	1.733.153 €
Ansatz 2013	1.523.100 €
Ansatz 2014	1.757.700 €

Es handelt sich um die Zinsaufwendungen für langfristige Darlehen und kurzfristige Liquiditätsdarlehen sowie für die Verzinsung von Steuer-Erstattungen. Veranschlagt wird auch die Verzinsung aus dem Ratenkaufvertrag für die Kaufhalle (54.000 €).

Während die Verzinsung der Darlehen gut geplant werden kann, ist die Planung der Verzinsung von Steuer-Erstattungen mit Unsicherheiten behaftet. Aufgrund der steigenden Kreditaufnahme ist in den Folgejahren mit einem erhöhten Zinsaufwand zu rechnen.

Transferaufwendungen (Zeile 18)

vorl. Ergebnis 2012	63.993.911 €
Ansatz 2013	53.890.500 €
Ansatz 2014	55.030.200 €

Mehr als ein Drittel der ordentlichen Plan-Aufwendungen des Ergebnishaushalts betreffen diese Position. Das Ergebnis 2012 steht in engem Zusammenhang mit dem hohen Einnahmeergebnis aus Steuern. So war in 2012 allein für die Gewerbesteuerumlage ein Betrag in Höhe von ca. 12,7 Mio. € aufzubringen (Vorjahr: ca.

7,0 Mio. €).

Durch die in 2012 sehr hohe Einnahmekraft der Stadt Emden war darüber hinaus eine Rückstellung für die Finanzausgleichsumlage und den Entschuldungsfonds in Höhe von ca. 4,0 Mio. € zu bilden.

Der Ansatz des FB 500 Gesundheit und Soziales steigt in der Planung nur geringfügig um 120.000 € auf 24.180.000 €.

Im Fachbereich 600 sind Steigerungen zu verzeichnen. Hier sind im Bereich des Fachdienstes Kinder und Familien höhere Zuschüsse an Kindertageseinrichtungen anderer Träger zu leisten (Steigerung von 4.346.600 € auf 4.765.900 €).

Weitere Mehraufwendungen entstehen im Fachbereich 400 durch die erhöhten Zahlungen an das Tierheim für die Unterbringung von Fundtieren (131.000 €), im Beteiligungsbudget durch die geplanten Verlustausgleiche für das Klinikum Emden sowie die AAFÖG und die Sozialregelung für Windelsäcke.

Die in der Anlage 1 dieser Vorlage dargestellte Gesamtaufstellung weist alle Zuschüsse aus. Diese Zuschüsse sind nur z. T. freiwilliger Natur. Oftmals ergibt sich die Notwendigkeit zur Zahlung aus gesetzlichen Regelungen oder bestehenden Verträgen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen (Zeile 19)

vorl. Ergebnis 2012	18.521.417 €
Ansatz 2013	21.290.100 €
Ansatz 2014	19.999.200 €

Abgebildet werden hier hauptsächlich die im Jobcenter gewährten Kosten der Unterkunft und Beihilfen. Aufgrund der guten Konjunktur sowie flankierender Maßnahmen im Jobcenter konnte das Jahr 2012 besser abgeschlossen werden, als es die Planung vermuten ließ.

Eine solche Entwicklung weiter unterstellt, konnten die Aufwendungen im Teilhaushalt Jobcenter für den sonstigen ordentlichen Aufwand in der Planung im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 um 1,0 Mio. € auf 12,0 Mio. € gesenkt werden. Mittelfristig ist jedoch von einer Aufwandssteigerung auszugehen. Grund hierfür ist ein weiterhin bestehender Anteil mit teilweise mehrfachen Vermittlungshemmnissen und entsprechender Langzeitarbeitslosigkeit.

Weitere Ausgabepositionen sind die Geschäftsausgaben (Telekommunikation, Büromaterial, Bücher und Zeitschriften, usw.) sowie die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit, Gutachterkosten, Versicherungs- und Mitgliedsbeiträge, Steuern und Zahlungen an die Schulbudgets.

C. 1 – Zusammenfassung Ordentliche Aufwendungen (Zeile 20)

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen steigt im Vergleich zu 2013 insgesamt um ca. 2,3 Mio. €.

Insgesamt stellt sich die Steigerung des ordentlichen Aufwandes wie folgt dar:

Bereich	Aufwandssteigerung	Erläuterungen
100	82.400	Steigerung Transferaufwand in den Bereichen VHS, Bücherei und neuer Zuschuss European Medical School
300	617.700	Personalkosten wurden in 2013 z. T. im Finanzbudget ausgewiesen; starke Steigerung der Abschreibungen durch Aktivierung Rotes Siegel
400	210.000	140.000 € Steigerung Transferaufwand (haupts. Fundtierunterbringung); Rest Steigerung Sachaufwand (haupts. Sanierung Sensorik Messanlagen – einmalig)
500	-649.000	Leichte Erhöhung Transferaufwand (FD Sozialhilfe), deutliche Verringerung Kosten der Unterkunft (Jobcenter)
600	2.561.800	Personalmehrung (s.o.); Abschreibungen + 385.000 €; Miete und Betriebskosten + 755.000 €; Transferaufwand (haupts. Betriebskosten an Kindertageseinrichtungen + 550.000 €)
877	195.600	Personalmehrung (s.o); leichte Steigerung Sachaufwand
Finanzbudget	-650.300	Minderung Personalaufwand durch geänderte Buchung der Rückstellungen für Altersteilzeit – Reduzierung Erträge in gleicher Höhe); Steigerung des Transferaufwandes (Verlustabdeckungen); Steigerung Abschreibungen; Steigerung Zinsaufwand
Gesamt:	2.368.200	

D Finanzhaushalt

Der Ergebnishaushalt enthält die Erträge und Aufwendungen. Diese beinhalten fast alle in gleicher Höhe auch Einzahlungen und Auszahlungen, die im Finanzhaushalt dargestellt werden. Die Positionen

Erträge aus der Auflösung aus Sonderposten	4.175.200 €
Erträge aus Auflösung Pensions-, Beihilferückstellung	695.800 €
Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	40.000 €
Zuführung Pensions-, Beihilfe und Altersteilzeitrückstellung	2.263.900 €
Abschreibungen	9.998.300 €

werden im Finanzhaushalt nicht veranschlagt.

Die Zeile Steuern und ähnliche Abgaben zeigt im Ergebnis- und Finanzhaushalt abweichende Beträge, weil nicht alle Forderungen realisierbar sind. Die Differenz ist in der Zeile 16 (Abschreibungen) enthalten.

Die Positionen sonstiger ordentlicher Ertrag sowie Aufwendungen für Personal enthalten neben den Zahlungen auch die Zuführungen und Entnahmen aus den Rückstellungen und weichen daher im Ergebnis- und Finanzhaushalt voneinander ab.

Für das Jahr 2014 stellt sich die die Gegenüberstellung von Ergebnis- und Finanzrechnung derzeit wie folgt dar:

Gegenüberstellung Ergebnis- u. Finanzhaushalt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnishaushalt 2014 €	Finanzhaushalt 2014 €
Ordentliche Erträge		
1. Steuern und ähnliche Abgaben	80.270.000	78.970.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.222.300	16.222.300
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	4.175.200	
4. sonstige Transfererträge	1.340.000	1.340.000
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	3.270.200	3.270.200
6. privatrechtliche Entgelte	2.411.000	2.411.000
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	25.301.500	25.301.500
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	4.768.600	4.768.600
Einzahlungen aus Veräußerung GVG		0
aktivierte Eigenleistun-		
9. gen	40.000	
10. Bestandsveränderungen	0	
11. sonstige ordentliche Erträge	4.235.500	3.539.700
12. = Summe ordentliche Erträge	142.034.300	135.823.300
Ordentliche Aufwendungen		
13. Aufwendungen für aktives Personal	40.928.600	39.814.700
14. Aufwendungen für Versorgung	200.000	200.000
15. Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	20.694.500	20.694.500
16. Abschreibungen	9.998.300	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.757.700	1.757.700
18. Transferaufwendungen	55.030.200	55.030.200
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	19.999.200	19.999.200
20. Überschuss ge., § 15 (5) GemHKVO	0	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	148.608.500	137.496.300
21. ordentliches Ergebnis (Summe ordentliche Erträge abzüglich Summe ordentliche Aufwendungen)	-6.574.200	-1.673.000
22. außerordentliche Erträge	350.000	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0
24. außerordentliches Ergebnis	350.000	0
25. Jahresergebnis (Saldo aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis) Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)	-6.224.200	-1.673.000
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	8.469.000	
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbez.	8.469.000	
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	-6.224.200	-1.673.000

Es zeigt sich, dass der Ergebnishaushalt 2014 **keine Mittel zur Finanzierung von Investitionen bereitstellen** kann. Der Ergebnishaushalt 2014 und die Folgejahre werden nach den Eckdaten schlechter ausfallen als die bisherige Finanzplanung es vorsieht (2014 = 521.400; 2015 = 725.600; 2016 = 1.110.500; Summe = 2.357.500). Aus dieser Tatsache ergibt sich, dass bei einer Beibehaltung der bisher geplanten Rücklagenentnahme bereits eine um diesen Betrag erhöhte Kreditaufnahme erforderlich ist, um die mit dem Haushalt 2013 vorgesehenen Investitionen der Jahre 2014 bis 2016 zu finanzieren.

E Bilanz

Der Rat der Stadt Emden hat in seiner Sitzung am 07.03.2013 folgende Beschlüsse gefasst:

- Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG den Jahresabschluss der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2011 und
- die Zuführung des Jahresergebnisses in die Rücklage gem. §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 123 Abs. 1 Satz 1 NKomVG (davon 1.553.926,77 € in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und 332.773,44 € in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses).
- Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. 129 Abs.1 Satz 3 NKomVG die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2011.

Komprimierte Darstellung zur Veröffentlichung der Bilanz ohne Vermögenstrennung

Aktiva	31.12.2010 -Euro-	31.12.2011 -Euro-	Passiva	31.12.2010 -Euro-	31.12.2011 -Euro-
1. Immaterielles Vermögen	4.754.456,04	8.295.965,82	1. Nettoposition	165.058.572,74	167.683.742,65
			1.1 Basis-Reinvermögen	106.662.548,58	106.623.626,26
2. Sachvermögen	129.424.110,16	130.443.737,94	1.2 Rücklagen	4.461.014,33	5.104.277,58
davon			davon		
Stiftungsvermögen	2.815.996,00	2.726.836,00	Stiftungskapital/-überschüsse	3.916.828	3.926.678
			1.3 Jahresergebnis	633.078,24	1.886.700,21
3. Finanzvermögen	128.934.901,58	127.552.115,81	1.4 Sonderposten	53.301.931,59	54.069.138,60
davon			2. Schulden	37.767.229,61	36.396.273,03
Stiftungsvermögen	176.630	177.274	2.1 Geldschulden	28.942.006,55	29.173.080,72
4. Liquide Mittel	3.631.222,82	5.184.680,64			
davon			2.1.1 Liquiditätskredite	-	-
Stiftungsvermögen	1.676.239	1.842.882	2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	28.942.006,55	29.173.080,72
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	3.745.906,86	3.486.588,61	davon <i>Stiftungsverbindlichkeiten</i>	828.717	813.964
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	1.434.291,75	1.005.518,13
			2.3 Verbindlichkeiten Lieferungen und Leistungen	2.449.920,14	3.033.364,16
			2.4 Transferverbindlichkeiten	1.746.210,46	267.748,40
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	3.194.800,71	2.916.561,62

			3. Rückstellungen	67.505.470,47	70.643.854,63
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	159.324,64	239.218,51
Bilanzsumme	270.490.597,46	274.963.088,82	Bilanzsumme	270.490.597,46	274.963.088,82

Festzustellen ist, dass die Stadt Emden zum 31.12.2011 über ein Basis-Reinvermögen in Höhe von 106.623.626,26 € verfügt. Unter Berücksichtigung der oben genannten Risiken im Hinblick auf die Gewerbesteuererträge kann ein jährliches zweistelliges Defizit allerdings nicht lange kompensiert werden.

F Rettungsdienst (Anlage 3 zur Vorlage 16/0771)

Der Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes 836 Rettungsdienst, der die hoheitliche Aufgabe der Leitstelle betreibt, weist in den Jahren 2014 bis 2017 ein ausgeglichenes Ergebnis aus.

G Kulturbüro (Anlage 4 zur Vorlage 16/0771)

Am 14.12.2006 hat der Rat der Stadt Emden gem. § 110 NGO die selbstständige Wirtschaftsführung der Einrichtung Kulturbüro beschlossen. Der Ergebnishaushalt 2014 ist der Vorlage beigelegt.

H Ausblick

Die einzelnen Ertrags- und Aufwandsarten sind oben bereits ausführlich erläutert.

Im Vergleich zur **ursprünglichen Finanzplanung** für das Haushaltsjahr 2014 zeigt sich, dass die Steigerung auf der Einnahmenseite sich im Wesentlichen durch die Verbesserung verschiedener Steuereinnahmen ergibt.

Abweichungen zur ursprünglichen Finanzplanung ergeben sich auf der Ausgabenseite.

Neben der Steigerung bei den Abschreibungen (Auswirkung der bisherigen und noch geplanten Investitionen) und dem Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (hauptsächlich durch die Steigerung der Mieten und Betriebskosten) ergeben sich Abweichungen zur Finanzplanung im Bereich des Transferaufwands.

Bereits in Vorjahren wurde darauf hingewiesen, dass bei gleichbleibendem Aufwandsaufkommen ein jährlich steigendes Defizit zu erwarten sei. Durch die Entwicklung im Bereich der Aufwendungen wird nunmehr deutlich, dass selbst unter Zugrundelegung hoher Gewerbesteuererträge (die in dieser Form wohl nicht dauerhaft gesichert werden können) kein Haushaltsausgleich mehr erreicht werden kann. Sobald das aktuelle Haushaltsjahr oder auch nur ein Jahr der Finanzplanung nicht ausgeglichen werden kann oder der Haushalt und die Finanzplanung nicht durch einen Zugriff auf die Überschussrücklage als ausgeglichen gilt, ist die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 110 Abs. 6 NKG erforderlich. Der vorliegende Eckwertentwurf würde daher zwingend ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich machen. Dieses kann vermieden werden, wenn die im Beschlussentwurf genannten Gremien ausreichende Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage beschließen.

Auswirkungen auf den Demografieprozess:

Das Eckwertverfahren hat keinen direkten Einfluss auf den Demografieprozess.

Anlagen:
Budgetblätter 2014

Leiter/in der federführenden
Orgaeinheit

Fachbereichsleiter/in
des federführenden Fachdienstes

Verwaltungsvorstand

Mitzeichnung des
Juristischen Dienstes

Oberbürgermeister

geprüft FD 210:

